

PRESSEKONFERENZ

Freiheitlicher Klub im Niederösterreichischen Landtag | 15. Dezember 2020

NOVA-ERHÖHUNG IST ANSCHLAG AUF ALLE LANDSLEUTE FPÖ NÖ AKTUELLE STUNDE IM LANDTAG

Landtagsvorschau

mit

gf. Landespartei- und Klubobmann
Udo **LANDBAUER, MA**

Landbauer: Unfaire Autofahrerabzocke beenden!

FPÖ NÖ sieht in NoVA-Erhöhung Anschlag auf den ländlichen Raum, Familien & Unternehmer

Die FPÖ NÖ wird in der letzten Landtagssitzung des Jahres 2020 den NÖ Landtag mit der von ÖVP und Grünen beschlossenen NoVA-Erhöhung konfrontieren. In einer Aktuellen Stunde mit dem Titel „Nein zur NoVA-Erhöhung: Unfaire Autofahrerabzocke beenden!“ fordert Landbauer ein Veto des NÖ Landtages gegen die Regierungsmaßnahme. „Die Erhöhung der Normverbrauchsabgabe ist ein groß angelegtes Bürger-Belastungspaket sowie ein massiver Anschlag auf den ländlichen Raum, Familien und Unternehmer“, sagt FPÖ Landespartei- und Klubobmann im NÖ Landtag, Udo Landbauer, MA. Die „unfaire Autofahrerabzocke“ stößt bei Landbauer auf „völliges Unverständnis“. „ÖVP und Grüne greifen damit tief in die Taschen all jener Landsleute, die auf ein Auto angewiesen sind und eben keine U-Bahn vor der Türe haben. Als Flächenbundesland ist Niederösterreich, besonders die Bevölkerung im ländlichen Raum, am stärksten betroffen“, kritisiert Landbauer.

Tatsächlich trifft die Anhebung der Normverbrauchsabgabe nicht ausschließlich Luxusfahrzeuge, sondern auch Kleinwagen, Familienautos, Lieferfahrzeuge und Pritschenwagen. Für einen VW Sharan zum Beispiel wird die NoVA bis 2024 satte 6.560 Euro betragen. Damit zahlt man in vier Jahren um 3.216 Euro mehr als heute. Für einen Skoda Octavia Kombi dürfen die Österreicher ab 2024 660 Euro ans Finanzministerium abliefern. „ÖVP und Grüne treffen mit ihrer Fantasiesteuer die breite Masse. Dieser Anschlag auf Klein- und Mittelverdiener muss verhindert werden“, sagt Landbauer. Außerdem wird sich die NoVA-Erhöhung in Zukunft auch beim Gebrauchtwagenkauf bemerkbar machen. Wer mehr für ein neues Auto bezahlen muss, wird beim Wiederverkauf auch mehr haben wollen. Verwundert zeigt sich Landbauer über das „beschämte Schweigen“ der ÖVP NÖ. „Gerade die Landesschwarzen sollten wissen, dass viele Niederösterreicher auf ein Auto angewiesen sind. Im ländlichen Raum wird auch in zwanzig Jahren keine U-Bahn fahren und unsere Landsleute werden auch nicht bei jedem Wind und Wetter mit dem Fahrrad zum Arbeitsplatz pendeln oder die Kinder mit dem Rad zur Schule bringen“, wirft Landbauer der blau-gelben VP-Spitze ein Totalversagen in der Zusammenarbeit mit dem Bund vor.

[Wir bedanken uns für Ihr / Dein Interesse respektive Berücksichtigung in Ihrer / Deiner Berichterstattung.](#)

Dass die NoVA-Erhöhung insbesondere die Niederösterreicher viel Geld kosten wird, zeigen die jüngsten Pendlerdaten. 65 Prozent aller niederösterreichischen Beschäftigten (Gesamt: 637.137) brauchen das Auto, um zur Arbeit zu gelangen. Nicht einmal ein Viertel aller Beschäftigten in NÖ arbeitet in der eigenen Wohngemeinde. Drei Viertel müssen zum Arbeitsplatz pendeln, wobei nur einer von fünf die öffentlichen Verkehrsmittel nutzt. „Die Zahlen zeigen eindeutig, dass die große Mehrheit der Niederösterreicher auf ein Auto angewiesen ist und die Bürger nicht zum Spaß mit dem Auto spazieren fahren. Das sind auch jene Landsleute, die in der Früh aufstehen, fleißig sind und schon genügend Steuern und Abgaben zahlen müssen“, sagt Landbauer.

Besonders stark betroffen sind zudem kleine und mittelständische Unternehmer, die nun eine NoVA in „astronomischer Höhe blechen müssen“. Bis 2024 wird etwa der IVECO Daily Pritsche um 17.630 Euro teurer. Für einen Fiat Ducato Maxi dürfen Unternehmer ab 2024 um 21.281,80 Euro mehr hinlegen. „Damit zahlt sich in Wahrheit jeder Unternehmer, sofern er überhaupt noch eine Geschäftsgrundlage hat, sein Corona-Hilfspaket selbst. Ebenso treffen diese Mehrkosten wieder die breite Masse, weil vollkommen klar ist, dass viele Betriebe die Kosten an die Kunden weiterverrechnen werden müssen. Das bedeutet eine zusätzliche finanzielle Belastung, die auch jene treffen wird, die gar kein Auto haben“, erklärt Landbauer.

Für die FPÖ NÖ ist die Anhebung der NoVA auch umweltpolitisch ein totaler Unsinn. „Jeder Normalverdiener wird es sich dreimal überlegen, ein neues Fahrzeug zu kaufen. Stattdessen wird man so lange wie nur irgendwie möglich mit dem älteren, emissionsstärkeren Modell fahren“, erklärt Landbauer. Der freiheitliche Klubobmann ist davon überzeugt, dass die NoVA-Schikane erst der Anfang einer massiven schwarz-grünen Belastungswelle ist. „Die Regierung wird die Österreicher laufend mit neuen Öko-Abgaben und permanenten Steuererhöhungen unter dem Titel des Klimaschutzes aussackeln. Wer im ländlichen Raum wohnt, auf ein Auto angewiesen ist und Kinder hat, zählt zu den großen Verlierern von Schwarz-Grün und wird bestraft“, bezeichnet Landbauer die Regierungsmaßnahmen als „einzigartige soziale Kälte“ und warnt vor einer weiteren Belastungswelle.

[Wir bedanken uns für Ihr / Dein Interesse respektive Berücksichtigung in Ihrer / Deiner Berichterstattung.](#)

Landtag: Umfassende Landesverteidigung im Schulunterricht!

FPÖ NÖ Antrag angenommen - Landtag spricht sich für Sicherheitsschwerpunkt in Schulen aus

Die FPÖ NÖ will im Bildungsbereich aufrüsten. „Die Corona-Pandemie zeigt, wie notwendig ein funktionierender Staat ist. Dazu gehört auch eine umfassende Bildung unserer Jugend in den Bereichen Sicherheit und Landesverteidigung“, sagt FPÖ-Klubobmann Udo Landbauer. Für Landbauer kommt es nicht überraschend, dass immer weniger Menschen aktuellen Umfragen zur Folge wenig mit dem Begriff der Landesverteidigung anfangen können. „Nach einem jahrzehntelangen Kaputtsparen und Schlechtreden des Österreichischen Bundesheeres haben die Aufgaben des Heeres jetzt genau jenen Stellenwert in der Bevölkerung, den man durch politisch motivierte Feindseligkeit herbeigeredet hat. Damit muss endlich Schluss sein. Es braucht eine moderne Bildungsoffensive in den Schulen, die das Wesen der umfassenden Landesverteidigung im Unterricht vermittelt. Dazu zählen die geistige, zivile, wirtschaftliche und militärische Landesverteidigung“, sagt Landbauer. Besonders die „geistige Landesverteidigung“ soll in Zukunft einen bedeutenden Stellenwert im Bereich der politischen Bildung erhalten. „Es geht um das klare Verständnis der Schüler für die Aufgaben der Sicherheitspolitik, Sicherheitsvorsorge und der umfassenden Landesverteidigung im Dienst der Erhaltung der demokratischen Freiheiten, der Verfassungs- und Rechtsordnung, der Unabhängigkeit und Neutralität sowie der Einheit des Bundesgebietes der Republik Österreich“, erklärt Landbauer.

Der FPÖ NÖ Antrag wurde in der Ausschuss-Sitzung vom 10. Dezember mit den Stimmen der FPÖ und ÖVP angenommen und wird am Donnerstag, den 17. Dezember den NÖ Landtag passieren. „Damit wird die Bundesregierung aufgefordert, die Schwerpunkte Sicherheitspolitik und umfassende Landesverteidigung im Rahmen des Unterrichtsfaches „Politische Bildung“ zu setzen und die Lehrpläne anzupassen“, spricht Landbauer von einem großen Erfolg für den Stellenwert der umfassenden Landesverteidigung.

Wir bedanken uns für Ihr / Dein Interesse respektive Berücksichtigung in Ihrer / Deiner Berichterstattung.